

Dienstag verhält... verschiedene poli... Demonstration... Kommunisten... Räumung einer... Menge Wi... Die Polizei... auch beschossen... In der Nacht zum... bei Pimburg an... fischen Gegner er... Heilbronner... wischen Kommu... zialisten wurden... sig vom Gummi... heimkehrende... n überfallen und... ange ebenfalls an... Straßenzüge zu... jährige National... Brenz von einem... ungefährlich ver... konnte verschaf... von einem Mäd... nten gestellt und... Die unbekannt... Mädchen flüch... gegen das ein... gab bei Aus... rchiedener poli... alist aus einer... eine Frau, wir... erlegt. Der Tä... Der Schütze gibt... itriere... aldemokratischen... Zusammenstoßen... ers auf die Na... und zur Wache... Es meldeten sich... durch Schrottsch... Volkswacht, dem... die Zahl der... rößt. Die vier... Zwei von ihnen... nicht identifiziert... telt mit, daß... ten, die an den... waren.

—11,40; Roggen... eine Speiserbsen... —18; Ackerbohnen... 10,50—11,50; dto... nusschalen 11 bis... Sojabohnenschat... 11,30.

—11,40; Roggen... eine Speiserbsen... —18; Ackerbohnen... 10,50—11,50; dto... nusschalen 11 bis... Sojabohnenschat... 11,30.

zum... Stockholz... machen... Liebenzell,

zum... Stockholz... machen... Liebenzell,

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernspracher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Ein englisch-französischer Freundschaftsvertrag

Ein Bund zu enger politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit beider Länder

Deutschland, Italien und Belgien zu späterem Beitritt eingeladen

11. London, 14. Juli. Der englische Außenminister gab im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er zunächst auf den Wortlaut des Lausanner Vertragswerks einging, wonach die Unterzeichnermächte die Hoffnung aussprechen, daß der dort erfüllten Aufgabe neue Leistungen folgen werden, daß sie jede Anstrengung machen werden, um die Fragen, die im gegenwärtigen Augenblick bestehen oder späterhin auftreten können, in dem Geiste des Lausanner Abkommens lösen wollen usw. In diesem Geiste, so fuhr Simon fort, haben die englische und französische Regierung für sich beschlossen, die Führung zu übernehmen, indem sie einen sofortigen und gegenseitigen Beitrag zu diesem Zwecke nach folgenden Richtlinien liefern:

1. In Übereinstimmung mit dem Geiste der Völkerbundschart beabsichtigen sie, mit vollständiger Aufrichtigkeit gegenseitig miteinander Ansichten auszutauschen und sich einander gegenseitig über Fragen, die zu ihrer Kenntnis kommen, zu unterrichten, die etwa ähnlichen Ursprungs wie die jetzt in Lausanne so glücklich gelösten Fragen sind und die das europäische Regime betreffen. Sie hoffen, daß andere Regierungen sich diesem Vorgehen anschließen werden.
2. Sie beabsichtigen, miteinander und mit anderen Abordnungen in Genf zusammenzuarbeiten, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden, die für alle beteiligten Mächte vorteilhaft und gleichmäßig gerecht sein werde.
3. Sie wollen miteinander, sowie mit anderen interessierten Regierungen in der sorgfältigen und praktischen Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz zusammenarbeiten.
4. Bis die Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt über den Handelsvertrag zwischen diesen Ländern abgeschlossen sind, werden sie jede Handlung vermeiden, die ihrer Natur nach eine Diskriminierung von einem Land gegen die Interessen des anderen Landes darstellt.

Simon fügte hinzu, dies sei selbstverständlich in keiner Weise und in keinem Punkte eine besondere oder andere ausschließende Erklärung. England habe im übrigen bereits seine Absicht mitgeteilt, mit den Vereinigten Staaten in der Abrüstungsfrage in Genf zusammenzuarbeiten. Was die Einladung anderer europäischer Länder betrifft, so habe er bereits die Gelegenheit gehabt, die Vertreter Deutschlands, Italiens und Belgiens zu sehen, und in jedem Falle habe er ihnen eine Abschrift dieser Erklärung übergeben und eine Einladung an ihre betreffenden Regierungen gerichtet, sich der Erklärung anzuschließen.

Die zuständigen englischen Stellen bemerken zu den englisch-französischen Abmachungen, es sei zu erwarten, daß Deutschland die neuen Bestimmungen begrüßen werde. Dieses neue Abkommen werde die geeignete Plattform schaffen, die Deutschland die Möglichkeit gebe, etwaige politische Forderungen zur Sprache zu bringen, auf die man in Lausanne nicht näher eingehen konnte, da dort nur das reine Reparationsproblem zur Verhandlung gestanden habe.

Herriot spricht von der Wiedergeburt der „Entente cordiale“.
Die getriggen Ausführungen Herriots vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer dauerten nicht weniger als drei Stunden. Herriot gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Schuldenverhandlungen, die der Lausanner Konferenz vorausgingen und ging dann auf die Einzelheiten der Konferenz selbst ein. Er unterstrich mit Nach-

druck den soeben veröffentlichten französisch-englischen Sondervertrag, dessen Text er dem Auswärtigen Ausschuss vorlegte. Er erklärte, daß das Abkommen die Wiedergeburt der „Entente cordiale“ bedeute und daß die französisch-englischen Beziehungen eine neue Aera erführen. Sämtliche Probleme, die die beiden Länder angingen, würden in Zukunft nicht mehr getrennt behandelt werden können. England könne z. B. nicht wie im Jahre 1923 Amerika gegenüber verpflichtet, die Schuldenzahlungen fortzusetzen, ohne sich vorher mit Frankreich geeinigt zu haben. Herriot wies weiter auf die moralische Bedeutung des Lausanner Abkommens hin und erklärte, daß man, um dieses Ziel zu erreichen, die Reparationszahlungen abgeschafft und eine Endsumme von 3 Milliarden Mark zugestanden habe.

Im Anschluß an die Aussprache wurde eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt, daß der französische Ministerpräsident auf die besondere Bedeutung des Lausanner Abkommens hingewiesen habe, dessen Hauptergebnis in der endgültigen Abschaffung der Reparationszahlungen bestehe, sowie darin, daß es den Wünschen Amerikas entspreche, indem eine europäische Verständigung geschaffen werde, die eine allgemeine Regelung der Schuldenfrage möglich mache. Das Zustandekommen des Lausanner Abkommens bedeute eine neue Etappe auf dem Wege des Friedens und lasse eine Verständigung mit Amerika möglich erscheinen.

Die Berliner Auffassung.

Die Berliner amtlichen Stellen nehmen zu dem vom englischen Außenminister im Unterhaus bekanntgegebenen englisch-französischen Sondervertrag noch keine Stellung, da der Wortlaut des Vertrages noch nicht vorliegt. In unterrichteten Kreisen glaubt man jedoch, daß die Reichsregierung auf jeden Fall noch einige Rückfragen anstellen werde, um sich über die Bedeutung, insbesondere über Art. 1, näher aufklären zu lassen. Ein Beteiligung Deutschlands an politischen Abmachungen, wie sie vor Lausanne im Sinne einer Treuga dei bzw. während Lausanne in dem Gedanken eines Konfultativpaktes vorgesehen sind, dürfte nicht in Frage kommen. Dagegen dürfte es unter Umständen für Deutschland möglich sein, einer allgemeinen Vereinbarung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Aufgaben beizutreten. Selbstverständlich wird sich Deutschland besonders hinsichtlich des Punktes 2 (Abrüstungsfrage) sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes als auch des Gremiums Verhandlungsfreiheit vorbehalten müssen, wann und in welcher Form die Frage der Gleichberechtigung am zweckmäßigsten zu behandeln wäre. Die Punkte 3 und 4 entsprechen dann den Deutschland in Lausanne gegebenen Anregungen.

Besonders die verschiedenartige Auslegung des Vertragswerks durch Macdonald einerseits und Herriot andererseits, was den Fall betrifft, daß das Vertragswerk nicht zustande komme, so ist zu bemerken, daß die Auslegung, die der englische Ministerpräsident im Unterhaus gegeben hat, durch den Präsidenten der Lausanner Konferenz erfolgt ist, der für die Auslegung eher als jeder andere als zuständig angesehen werden muß. Präsident Macdonald habe bereits erklärt, daß im Falle eines Nichtzustandekommens des Lausanner Vertragswerks der Youngplan nicht wieder in Kraft trete, sondern eine neue Konferenz über das Weitere zu entscheiden hätte.

Ein Aufruf Severings

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, der eine Mahnung zur Besonnenheit darstellt. Es heißt darin: „Von Tag zu Tag werden die politischen Leidenschaften wilder aufgeheizt. Immer stärker überwuchern Verheerung und blinder Haß die Besonnenheit und Vernunft und lassen verkennen, daß auch die politischen Gegner Volksgenossen und gleichberechtigte Staatsbürger sind. Man verlangt Sicherheit — mit Recht. Die Polizei wird sie mit allen Kräften aufrechterhalten. Aber die größte Sicherheit der Staatsbürger beruht auf dem Verzicht, die Sicherheit der anderen zu bedrohen. Man spricht von Selbstschutz. Aber der wirkksamste Selbstschutz ist die Selbstsücht. Jeder andere vermeintliche Selbstschutz muß schließlich zu brutalstem Faustrecht führen und neue Blutströme würden seine unaussprechliche Folge sein. Aber es darf kein Blut mehr fließen. Ich richte an alle, die guten Willens sind, die bringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang ins politische Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mit-helfen, jeden Versuch gewalttätiger Auseinandersetzung zu unterdrücken und zu brandmarken, dann wird dem Norden

Wann greift endlich die Reichsregierung ein?

Der Völkische Beobachter fordert Ausnahmezustand.
11. München, 14. Juli. Der „Völkische Beobachter“ fordert heute die Verhängung des Ausnahmezustandes. In einem Artikel heißt es, Deutschland stehe am Vorabend schwerster Kämpfe und tragischer Ereignisse, die ihre blutigen Schatten vorauswerfen und die noch im allerletzten Augenblick abzuwehren die Pflicht einer auf das Wohl der Nation bedachten Regierung sein müsse. Am Schluss des Artikels heißt es: Nur ganze Arbeit sei noch imstande, namenloses Unglück abzuwehren. Das Reich sei schon längst für einen Ausnahmezustand reif. Wollte die Reichsregierung die Nation vor einem blutigen Untergang bewahren, dann müsse sie den Ausnahmezustand verkünden und mit unnachlässiger Strenge dafür sorgen, daß den roten Mordzentralen ein sofortiges Ende bereitet werde. Jedes Bögerei sei unverantwortlich. Könne die Reichsregierung sich nicht dazu entschließen, wolle sie wegen juristischer Hemmungen das Volk in sein Verderben gleiten lassen, dann fort mit diesen Männern! Lieber heute als morgen!

Tages-Spiegel

In London und Paris wurde gestern ein neuer englisch-französischer Freundschaftsvertrag bekanntgegeben, der eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsieht.

Das Reichskabinett hat das Gesetz über den freiwilligen Arbeitsdienst verabschiedet.

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun hat sämtliche Landwirtschaftsminister der Länder auf den 19. und 20. Juli zu einer Konferenz nach München gebeten zwecks Besprechung sämtlicher Agrarfragen.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, die Konferenz bis September zu vertagen.

Die Regierung von Uruguay hat die diplomatischen Beziehungen zu Argentinien abgebrochen und dem argentinischen Votschafter die Pässe ausgehändigt.

Gestern abend ereignete sich im Kaiserstuhlgebiet (Baden) eine Unwetterkatastrophe. Die Ernte ist durch Hagel zum größten Teil vernichtet.

Einhalt geboten und Deutschlands Ansehen in der Welt wieder hergestellt werden können.“

In zwei Erlassen fordert Severing von den Polizeiorganen unnachsichtiges Vorgehen gegen unbefugtes Waffentragen und schärfere Kontrolle der politischen Aufzüge.

Neue schwere Zusammenstöße im Reich

In Berlin kam es gestern gegen 23 Uhr in der Nonnendammallee in Siemensstadt zwischen Kommunisten, die von einer Demonstration im Berliner Westen heimkehrten und Nationalsozialisten zu Zusammenstößen. Dabei erhielten vier Kommunisten schwere Schlägerverletzungen und mußten schwer verletzt in das Spandauer Krankenhaus eingbracht werden. Zwei von ihnen starben nach ihrer Entlieferung. Außerdem wurden 8 Personen leicht verletzt. Die Polizei nahm 8 Kommunisten und 11 Nationalsozialisten fest. Auch in Döberitz wurde eine getrieten Kommunisten und Nationalsozialisten aneinander. Auch hier erhielten vier Kommunisten Schlägerverletzungen. Zwei von ihnen wurden in das Elisabeth-Hospital eingeliefert. Zwei Nationalsozialisten wurden verhaftet.

In Duisburg kam es vor der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen „Volksstimme“ im Stadtteil Hamborn zu einer schweren Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Im Verlauf der Schlägerei wurden 3 Schüsse abgegeben. Ein Nationalsozialist wurde lebensgefährlich, ein anderer leichter verletzt. Die Polizei nahm eine Durchsuchung der Geschäftsstelle nach Waffen vor, die ergebnislos verlief.

In Köln kam es wiederum an mehreren Stellen der Stadt zu Ausschreitungen von Kommunisten, die, wie die Polizei berichtet, teilweise die Form der offenen Ausschreitung und des planmäßigen Angriffs gegen die Polizeikommandos annahmen. Die in großer Stärke aufgebundene Polizei mußte häufig von der Schußwaffe Gebrauch machen und zur Wiederherstellung der Ordnung einen Panzerwagen einsetzen. Einschreitende Polizeibeamte wurden aus den Häusern geworfen, beschossen und mit heißem Wasser übergossen. Ganze Häuserblöcke wurden durchsucht und Hieb-, Schuß- und Stichwaffen beschlagnahmt. 53 Personen wurden festgenommen.

In Wuppertal-Barmen wurde ein Lastkraftwagen, der mit Kommunisten besetzt war, beschossen. Zwei Insassen wurden verletzt. Einer erhielt einen lebensgefährlichen Bauchschuß, der andere einen Schuß ins Gesicht. — In Marne i. Holstein wurde in einem Landstraßengraben der seit Sonntag vermißte Funktionär der KPD, Adolf Barer, tot aufgefunden. Die Leiche, die völlig mit Schlamm überzogen war, wies keinerlei äußere Verletzungen auf, doch fand man in der Nähe des Grabens Spuren eines heftigen Kampfes.

Arbeitsdienstverordnung vom Reichskabinett verabschiedet

11. Berlin, 14. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Mittwoch nach einem Vortrag des Reichsarbeitsministers, eine Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst. Die Verordnung wird veröffentlicht werden, nachdem sie im Reichsrat zur Kenntnis gebracht worden ist.

Lausanne-Aussprache im englischen Unterhaus

Vor der Veröffentlichung des Geheimabkommens — Deutschland war unterrichtet

II. London, 13. Juli. Im Verlauf der Unterhausausprache teilte der Außenminister Sir John Simon mit, daß er bei den anderen Regierungen telegraphisch angefragt habe, ob sie Einwendungen gegen die Veröffentlichung der mit dem sogenannten Gentleman-Abkommen zusammenhängenden Dokumente zu erheben hätten. Das Lausanner Abkommen habe dem ganzen System der Reparationen ein Ende gesetzt und an ihre Stelle eine einfache Zahlung gestellt, die für die Wiederherholung Europas bestimmt sei. Um die Lage richtig beurteilen zu können, müsse man sich fragen, wie es gewesen wäre, wenn die englischen Vertreter ohne ein Abkommen aus Lausanne zurückgekommen wären. Die Ratifizierung des Abkommens durch einen anderen Staat lasse sich nicht mit Gewalt erzwingen. Das müsse jeder beteiligte Staat selbst entscheiden. Es würde aber eine ernste Verletzung von Treu und Glauben sein, wenn nicht alle Staaten ihr Bestes tun würden, das Lausanner Abkommen zu ratifizieren. Es müsse allerdings jeder einzelnen Nation überlassen bleiben, im gegebenen Augenblick Ja oder Nein zu sagen. Deutschland habe keinen Grund, sich zu beklagen und beklage sich auch nicht. Lloyd Georges Erklärungen, daß die Abmachungen mit den Alliierten hinter Deutschlands Rücken vor Unterzeichnung des Lausanner Abkommens durchgeführt worden seien, sei vollkommen falsch. Gerade diese Frage sei zwischen den deutschen und englischen Vertretern aufgeworfen worden. Die englischen Vertreter hätten der deutschen Abordnung ihre Vorschläge mitgeteilt, und die deutschen Vertreter hätten nicht nur keinerlei Einwendungen vorgebracht, sondern sie hätten die Abmachungen auch als völlig verständlich angesehen.

Auf die Vorwürfe Lloyd Georges, daß England sehr wohl eine völlige Reparationsstreichung in Lausanne hätte durchsetzen können, wenn es bei der Stange geblieben wäre, erklärte Chamberlain: „Hätten wir Amerika etwa nicht in die Verhandlungen einbezogen sollen, als wir das Lausanner Abkommen trafen, hätten wir einer allgemeinen Streichung zustimmen sollen, ohne daran zu denken, was zwischen Amerika und uns nachher vor sich gehen kann?“ Lloyd George schlug vor, England solle zuerst alle Schulden streichen, um dann mit reinen Händen vor Ame-

rika zu treten. Er könne versichert sein, daß England auch so mit reinen Händen vor Amerika trete. Wenn Amerika sich entschließen sollte, alle Schulden zu streichen, dann wäre das englische Angebot immer noch gut. Es sei möglich, daß, wenn England an Amerika herantrete, dieses erkläre: „Ihr habt getan, was wir von euch verlangten, ihr habt euch in Europa geeinigt, ihr habt eine endgültige Regelung getroffen. Wir stimmen eurem Vorgehen zu. Aber wir glauben immer noch, daß wir von euch etwas mehr verlangen müssen als ihr bekommt.“ In einem solchen Fall müsse sich England überlegen, was zu tun sei. Aber es sei unvernünftig, zu verlangen, daß England sämtliche Schulden seiner europäischen Alliierten streiche, bevor es an Amerika herantrete.

Als Chamberlain Lloyd Georges Äußerung über das sogenannte Gentleman-Abkommen zurückwies, forderte Lloyd George erneut die Veröffentlichung der betreffenden Papiere. Das wäre die beste Antwort. „Es gibt“, so erklärte Lloyd George, „ein Schriftstück zwischen England und Italien und ein anderes Schriftstück zwischen England und Frankreich. Will die Regierung diese Papiere veröffentlichen, damit wir selbst beurteilen können, was vor sich gegangen ist?“ Chamberlain antwortete hierauf: „Ich habe nicht den geringsten Einwand gegen eine Veröffentlichung dieser Papiere, falls die anderen Regierungen ihre Zustimmung geben. Die Lage Englands ist vollkommen einfach. Wenn eine allgemeine Streichung durchgeführt werden kann, dann streichen wir; wenn eine Streichung nicht möglich ist, dann müssen wir warten und sehen, was für Vorschläge uns Amerika machen kann. Das sogenannte Gentleman-Abkommen ist lediglich ein Abkommen über etwas, was zwischen den Gläubigernationen stattgefunden hat. Wenn Amerika an den Lausanner Erörterungen teilgenommen hätte, wäre das Gentleman-Abkommen unnötig gewesen, weil man an Ort und Stelle ein endgültiges Ergebnis hätte abgeschlossen werden können.“ Chamberlain fragte darauf die Regierung, ob die Feststellung Chamberlains bedeute, daß die von Lloyd George erwähnten Schriftstücke in nächster Zeit veröffentlicht würden. Der Ministerpräsident Macdonald antwortete: „Wir haben keine Einwendungen dagegen“.

Neuer russisch-japanischer Streitfall

II. Moskau (über Kowno), 14. Juli. Nach einer russischen amtlichen Mitteilung haben am 7. Juli Vertreter der mandchurischen Regierung in Begleitung japanischer Ratgeber dem Leiter der Umschlagstelle des Hafens von Charbin, die der chinesischen Ostbahn gehört, mitgeteilt, daß sie die sofortige Uebergabe der Schlüssel der Lagerhäuser verlangten. Sie erklärten die Hafeneinleitung als abgesetzt. Der Leiter der Hafenumschlagstelle erklärte dem japanischen Vertreter, daß er die Schlüssel ohne Erlaubnis des Leiters der chinesischen Ostbahn, Ingenieur Rudy, nicht ausliefern könne. Nach dieser Abgabe besetzten die Japaner mit Hilfe der mandchurischen Polizei sämtliche Lagerhäuser und alle Schiffe, die der chinesischen Ostbahn gehören.

Wie weiter gemeldet wird, wurden auch mehrere sowjetrussische Waren festgehalten. Das Verhalten der Japaner hat in Moskau große Empörung hervorgerufen. Das Außenkommissariat hat den russischen Generalkonsul in Charbin angewiesen, gegen die Beschlagnahme der Umschlagstelle zu protestieren und zu erklären, daß die mandchurische Regierung für alle Schäden, die der Sowjetunion entstehen, verantwortlich gemacht werde. Der sowjetrussische Botschafter hatte mit dem selbst japanischen Außenminister eine Unterredung, in der er darauf hinwies, daß die Besetzung der Umschlagstelle in Charbin durch mandchurische und japanische Beamte einen Bruch des russisch-chinesischen Vertrages be-

deute, wodurch eine weitere Verschärfung der Lage im Fernen Osten herbeigeführt werde.

Von mandchurischer amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Beschlagnahme der Umschlagstelle in Charbin auf Grund eines Beschlusses der mandchurischen Regierung erfolgt sei, die sich genötigt sehe, den Schiffsverkehr auf dem Sungari-Fluß zu kontrollieren, um dadurch den japanischen Truppen zu helfen, die Aufstandsbewegung, die besonders in Sachalan im Gange sei, niederzuschlagen. Die mandchurische Regierung erklärte weiter, daß die Beschlagnahme trotz aller russischen Proteste nicht aufgehoben werden würde.

Politische Kurzmeldungen

Die Entlastung der Reichsbahn durch das Reparationsabkommen von Lausanne beläuft sich auf mehr als 600 Millionen RM im Jahre. Außerdem erhält die Reichsbahn die im Hooverjahr abgelieferten Bonds in Höhe von 540 Mill. Reichsmark zurück. Auch dieser Betrag bedeutet für die Reichsbahn eine erfreuliche Entlastung. — Die für den heutigen Donnerstag vorgesehene Wahl des heftigen Staatspräsidenten ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Gründe für die Vertagung dürften nach Informationen von unterrichteter Seite darin liegen, daß Nationalsozialisten und Zentrum erst die Reichstagswahlen abwarten wollen. — In der Palanter Straße in Köln-Süß kam es abends

zu schweren Außerordnungen, bei denen zwei Personen durch Schüsse der Polizei erheblich verletzt wurden. Mit Einbruch der Dunkelheit wurde das Straßenpflaster aufgerissen und aufgeschichtet. Mehrere Lieberfallkommandos wurden bei ihrem Eintreffen aus den vollständig verdunkelten Häusern beschossen. — In Göttingen wurden im Steinbruch auf dem Hohen Hagen 1000 Sprengkapseln gestohlen. — Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin hat eine rein nationalsozialistische Regierung gebildet, auch das Landtagspräsidium besteht nur aus Nationalsozialisten. — Als im Anschluß an ein Kinderfest der deutschen Schule in dem überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzort Blumfeld eine Feier in den Schulräumen stattfand, drangen plötzlich mehrere Angehörige des polnischen Schützenverbandes ein und griffen die Anwesenden mit Messern an. Vier Personen wurden dabei verletzt, eine davon schwer. — In Rüttich stehen 31 000 Kohlenarbeiter im Streik. 24 Kohlengruben sind geschlossen. In Brüssel kam es zu schweren Zusammenstößen. — Der Völkerbundsrat ist auf Freitag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, in der die Beschlüsse über die Einberufung und Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz gefaßt werden sollen. — Das englische Schatzamt erließ die erste Verordnung über Sonderzölle auf irische Waren. Sie setzt einen Wertzoll von 20 v. H. auf den weitaus größten Teil der irischen Lebensmittelleistungen nach England fest. Der Wertzoll würde der Einfuhr des Jahres 1931 entsprechend rund 4 Millionen Pfund jährlich einbringen. — Die englische Abordnung zur Weltwirtschaftskonferenz in Ottawa ist gestern abgereist. Kurz vor der Abfahrt gab Baldwin eine Rundfunkerklärung ab, in der er u. a. sagte: „Wir hoffen, in Ottawa zur Wiederbelebung des Welthandels eine Vereinbarung über eine Politik des Freihandels zustande zu bringen, die den Grundstein zu einer großen Ausdehnung des Welthandels und zum gegenseitigen Vorteil für uns alle legen wird.“

Kleine politische Nachrichten

Die Deutschnationalen fordern Eingreifen der Reichsregierung in Preußen. Wie die Z.-A. erfährt, hat der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtags, von Winterfeld, in einer Unterredung mit dem Reichsfinanzler von Papen angesichts der Vorgänge in Ostpreußen und anderen Orten scharfste Eingreifen der Reichsregierung in Preußen wegen der immer bedrohlicher werdenden Bürgerkriegsgefahr gefordert.

Die christlichen Gewerkschaften an den Reichspräsidenten. Der Vorstand des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat an den Reichspräsidenten auf Gut Neudorf folgendes Telegramm geschickt: „Die zunehmenden Terrorakte und die sich täglich mehrenden politischen Morde erfordern sofortiges allgemeines Uniformverbot. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, seiner öffentlichen Zusage gemäß, nunmehr alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, um weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern, das Leben der Volksgenossen zu sichern und die freie Entschließung bei der Reichstagswahl zu garantieren.“

Deutsch-englisches Schiedsgericht in der Kohlenfrage. Der englische Außenminister Sir John Simon teilte im Unterhaus mit, die deutsche Regierung habe vorgeschlagen, in der Angelegenheit der deutschen Einfuhrbeschränkung für englische Kohlen, sowie für die Frage, ob die zur Zeit in Kraft befindlichen Zölle nicht mit den in § 2 des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag enthaltenen Versicherungen vereinbar seien, ein Schiedsgericht einzusetzen. Die englische Regierung habe den Vorschlag, die Kohlenfrage schiedsrichterlich zu entscheiden, angenommen.

6 brasilianische Gliedstaaten von der Aufstandsbewegung erfasst. Die Revolution, die im Staate Sao Paulo ausgebrochen ist, hat sich sehr schnell auf andere brasilianische Gliedstaaten ausgedehnt. Die Truppen und Polizeikräfte der Staaten Mato, Grosso, Parana, Santa Catharina, Rio Grande do Sul und Minas Geraes haben sich den Aufständischen zum großen Teil angeschlossen.

Der Sturz von der Höhe

Original-Roman von Fritz Ritzel-Mainz
Copyright by Verlag „Neues Leben“
Bayr. Gmain. Obb. Nachdruck verboten

49

Gewaltsam rang die junge Frau nach Fassung. Diese unerwartete Nachricht hatte einen Sturm in ihrem Innern erregt, aber eine mahnende Stimme flüsterte ihr zu, sich vor dem Vater ihres kaum verstorbenen Gatten zu beherrschen. Er durfte nicht ahnen, welchen Flug ihre Gedanken in die Zukunft nahmen, welche Hoffnungen die Nachricht von der Rückkehr Felix Taubers in ihr erweckte. Und kaum merkte man ihrer Stimme ein leises Zittern an, als sie fragte:

„Felix Tauber ist zurückgekehrt und begegnete hier dem Franzosen, der ihn den Werbem für die Fremdenlegion überlieferte?“

„Du kannst dir denken, was dann weiter geschah!“ fuhr Herr Welty fort. „Der mir befreundete Polizeirat hat mir alles erzählt. Ein Freund des glücklich entkommenen Legionärs, ein Ingenieur Platen, den du ja auch kennst, spielte dabei die Hauptrolle. Auf dessen Veranlassung wurde der Franzose verhaftet, und der hat in seinem Kreuzverhör eingestanden, daß er auf Veranlassung Hugos in Nancy eine Kopie in Szene setzte, durch die der junge Mann, dein Verlobter, den Werbem in die Hände gespielt wurde. Aus welchem Grunde — das kannst du dir wohl denken. Helene! Dein Verlobter stand eben Hugo bei dir im Begeil. Auf mein dringendes Ersuchen hin hält die Behörde die Sache geheim! Ich habe persönlich mit Felix Tauber und Ingenieur Platen Rücksprache genommen und sie gebeten, die Wahrheit nicht an das Licht der Öffentlichkeit kommen zu lassen. Beide versprachen mir, zu schweigen! Ein wirklich groß denkender Mensch, dein früherer Verlobter! Wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, dann wäre die Anzeige gegen den Franzosen Charlot gar nicht erfolgt, weil der junge Mann

ahnte, wie sich die ganze Sache verhielt! Dir zu Liebe wollte er von einer Verfolgung der Strafakt absehen, aber sein Freund drängte dazu!“

„Sie haben Felix Tauber gesehen, Papa, haben ihn gesprochen?“ fragte Helene in zitternder Erwartung.

„Gestern vormittag, kurz vor seiner Abreise nach Berlin. Nach seiner großartigen Flugleistung beabsichtigt er, sich ganz dem Flugwesen zu widmen, wie er sagte. Sein herzlichstes Beileid läßt er dir durch mich ausdrücken. Ich habe ihm nahegelegt, dir einen Kondolenzbesuch zu machen, doch lehnte er mit dem Hinweis auf seine früheren Beziehungen zu dir ab! Der junge Mann besitzt Takt! Von seiner Seite haben wir nicht im geringsten zu befürchten, daß die Welt den Sachverhalt erfährt und daß der Name Welty im Schmutz herangezogen wird. Wenigstens so lange nicht, bis die Verhandlung gegen den verhafteten Franzosen stattfindet. Bis dahin ist die Sache halb vergessen!“

Herr Welty verbreitete sich noch weiter über die Angelegenheit und kam dabei immer wieder auf Felix zurück, den er nicht genug zu loben wußte. Aus seinen Worten klang es fast, als hege er den Wunsch, mit dem jungen Mann näher bekannt zu werden, und einige Wendungen seiner Rede deuteten darauf hin, daß er es begreiflich finden würde, wenn Helene den früheren Verlobten immer noch im Herzen trage.

Ein Diener rief den viel in Anspruch genommenen alten Herrn ab. Sobald Helene allein war, sank sie in den zunächst stehenden Sessel und verhielte mit beiden Händen ihr Gesicht. Ihr war so freudig und doch so weh zu Mute. Mit Entzücken erfüllte es sie, daß Felix lebte, und befehlende Hoffnungen schwellten ihre Brust, aber wie kalter Reif fiel der Gedanke auf ihr Empfinden: warum war der Geliebte nicht sofort zu ihr geeilt, um sie wenigstens zu sehen und Worte mit ihr zu wechseln, wenn es auch nur solche der Konvenienz waren? Liebt er sie nicht mehr oder war er ihr gram, weil sie ihm, dem Totgeglaubten, nicht über das Grab hinaus die Treue gehalten hatte? Oder wollte er erst eine geraume Zeit vergehen lassen, ehe er sich ihr wieder näherte, damit auch nicht der leiseste Schatten auf ihren guten Auf-

fiel? Die Äußerung, mit der er die Einladung des alten Herrn Welty abgelehnt hatte, ließ das fast vermuten!

Sie mußte ihn sehen, mußte ihm Auge in Auge gegenüberstehen, damit er erkannte, daß ihr Herz ihm noch gehörte! Dann ward alles gut! Kein Hindernis stand ihrem beiderseitigen Herzensglück entgegen, wenn die Trauerzeit um den geschiedenen Gatten abgelaufen war, denn der alte Herr Welty hatte nach seinen vorhin gemachten Äußerungen gewiß nichts gegen ihre Verbindung mit dem ehemaligen Verlobten einzuwenden. Aber wie konnte sie Felix veranlassen, sich ihr zu nähern, nachdem er die ihm gebotene Gelegenheit nicht benützt hatte? Sie mußte sich in Geduld fassen und dem freundlichen Zufall vertrauen — vielleicht vermochte sie diesen zu lenken!

Die Schatten der einbrechenden Dämmerung schwebten durch das hohe Gemach. Wieder brauste der Herbststurm um das Haus wie an jenem Abend, als die junge Frau die Wahrheit über den an dem Geliebten verübten Verrat erfuhr hatte, die Wahrheit, die ihr den Nachgedanken einfließen ließ. Können aus dem Wehen und Heulen des Windes nicht anklagende Stimmen? „Der Siegelgöttliche! Ist das Bergeben?“ riefen sie ihr zu. Hatte sie edel gehandelt, als sie hinterlistig den ungeliebten Gatten von seiner Höhe herabstürzte? Durch sie war Hugo Welty in den Tod getrieben worden; wie ihr Ebenbild, die schöne Kunigunde von Hofeneck, hatte sie dem ihr in hoffnungsvoller Erwartung Rahenden mit sicherer Hand den Todespfad in die Brust gesandt! Würde das gerecht waltende Geschick ihr nach einem solchen erbarmungslosen Beginnen das ersehnte reine Glück beschicken? Das junge Weib schauderte und beilegte sich, das elektrische Licht anzudrehen. Fort mit allen Gedanken, die ihr die innere Ruhe und das ungestört zehrende Hoffen rauben konnten! Sie hatte, einem raschen Impulse folgend, das getan, was ihr gerecht erschien. Lieber Anwandlungen, wie sie soeben über sie gekommen waren, mußte sie erhaben sein. Die waren kleinlich denkenden Seelen angemessen, die vor jedem energischen Schritte bangen, nicht aber ihrem willensstarken Denken, das sie bis jetzt in ihrem Leben noch immer den richtigen Weg geführt hatte. Es sollte sie auch weiter führen!

(Fortsetzung folgt.)

Personen durch
Mit Einbruch
aufgerissen und
wurden bei
aufstehen Häuser
Einbruch auf dem
Der Land-
nationalsozia-
präsidentium be-
Anschluß an
überwiegend
sich eine Feier
höchst mehrere
ein und grif-
Personen wur-
nützlich sehen
graben sind ge-
zusammenstößen.
zu einer außer-
er die Beschlässe
der Weltwirt-
Das englische
Sonderzüge auf
v. H. auf den
einleitend nach
für des Jahres
ährlich einbrin-
ichfonferenz in
er Abfahrt gab
er u. a. sagte:
des Welthan-
es Freihandels
a einer großen
enfeitigen Vor-

Aus aller Welt

Unwetterchäden und Ueberschwemmungen in Baden.

Ein Unwetter, das am Dienstag über Oberbaden nieder- ging, hat überall schwere Verwüstungen angerichtet. Im Kantonal wurde die Dittschacht Runningen durch die zu Tal flutenden Wassermassen überschwemmt. Die Dittschacht glich einem reißenden Strom. Überall wurden die Gärten und Fluren verwüstet und die Straßen aufgerissen. Die Kander- talbahn mußte ihren Betrieb einstellen, da der Bahndamm durch Erdrutsch an mehreren Stellen zerstört war. Im Kin- zigtal wurden durch den wolkenbruchartigen Regen die Bäche in reißende Ströme verwandelt. In der Dittschacht Einbach drangen die Wassermassen in Häuser und Ställe ein. Das Korn liegt überall wie gewalzt am Boden.

Im Streit mit der Sense erschlagen.

In Simmern ereignete sich eine schwere Bluttat. Im Streit ergriff der Arbeiter Gallas eine Sense und schlug damit auf seinen Schwager ein, der blutüberströmt zusam- menbrach. Der Tod trat auf der Stelle ein. Als die Schwei- ster des Erschlagenen ihrem Bruder zu Hilfe eilen wollte, wurde sie ebenfalls von Gallas mit der Sense angegriffen. Sie trug dabei sehr schwere Verletzungen davon und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Polizei gelang es, den Täter zu fassen.

Ein Prinz als Devisenschieber?

Der in Berlin wohnhafte Prinz Viktor Salvador von Hsenburg wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft unter der Beschuldigung verhaftet, sich gegen die Devisenverord- nung vergangen zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen soll Prinz Hsenburg deutsche Effekten im Werte von einer Viertelmillion in Reichsmark eingelöst und nach dem Ausland gebracht haben.

Großfeuer in Cony-Inland.

In Cony-Inland, dem berühmten New Yorker Vergnü- gungsviertel, ist Feuer ausgebrochen, das in kurzer Zeit Riesenausmaße annahm und das ganze Viertel zu gefährden drohte. Das Feuer entstand in einer Badeanstalt und ver- breitete sich mit Windeseile über 10 Häuserblocks. Den an- gestrengten Bemühungen der Feuerwehr gelang es, das Riesenfeuer auf 6 Häuserblocks zu beschränken, die völlig ausbrannten.

Württembergischer Landtag

Der Finanzausschuß des Landtags behandelte mehrere Anträge und Eingaben zum Wohnungsweien und zur Zins- politik der Landesfidejucant. Präsident Dr. Nidele teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß gegenüber dem Vorjahr nur etwa ein Fünftel Anträge auf Bauerlaubnis eingingen. Ein Haupthindernis sei die Kapitalbeschaffung. Die hohen Zinsen würden das Bauen sehr verteuern. Wohnungsbedarf ist noch vorhanden. Das Bauprogramm wurde von 13,5 auf 8 Mil- lionen \mathcal{M} reduziert. Bei der Landwirtschaftsbedingung zeigte sich weit weniger Eigenwille, als nach der öffentlichen Agita- tion zu vermuten gewesen wäre. Für große Instandsetzun- gen wurden zugunsten von 200 Wohnungen 725 000 \mathcal{M} Dar- lehen von der Landeskreditanstalt gewährt. Der neue Be- darf betrage etwa 1 Mill. \mathcal{M} . Für kleine Instandsetzungen wurden zugunsten von 800 Wohnungen Darlehen in Höhe von 800 000 \mathcal{M} gewährt. Auch hier beträgt der Bedarf 1 Mill. \mathcal{M} . Unter Einfluß der rückständigen Zahlungen aus dem Jahr 1931 ergebe sich bei der Landeskreditanstalt ein volkswirtschaftlicher Bedarf von 5,4 Mill. \mathcal{M} . Die Zinspoli- tik der Anstalt ergebe sich aus dem Mißsystem der Mittel- beschaffung, Gebäudeverschuldungssteuer und Anleihen. Im allgemeinen stehe der Eigenbau in Württemberg mit durch- schnittlich 40 Prozent Eigenkapital wesentlich besser als an- derwärts. Das ergebe für die Landeskreditanstalt eine solide Grundlage. Gewährt wurden 192 Mill. \mathcal{M} Baudarlehen. Die Anleihen mit 116,5 Mill. erfordern eine Durchschnittsverzin- sung von 7 Prozent. Die von der Anstalt genommenen Zin- sen betragen 5 Prozent und gehen durch Einzelmäßigun- gen herunter bis zu 1 Prozent. Der Durchschnittszinssatz sei jetzt 3,4 Prozent. Eine generelle Zinssenkung sei bei Würdigung der Einkommensverhältnisse nicht möglich, eine solche von 2 Prozent würde einen Ausfall von 4 Mill. be- deuten. Gering seien die Zwangsversteigerungen, in Zwangs- ververwaltung kamen 1931 nur 41, 1932 nur 39 Wohnungen. Die Kündigungsaktion sei abgeschlossen. Sie habe 1 Mill. \mathcal{M} Rückzahlungen gebracht. Ober-Reg.-Rat Duns teilte mit, daß das Aufkommen aus der Gebäudeverschuldungssteuer zurück- gehe. Mittel für ein größeres Neubauprogramm seien nicht vorhanden. Nach längerer Aussprache wurde über den An- trag des Berichterstatters Winter abgestimmt. Abgelehnt wurde die Ziffer 1, die Mittel zur Finanzierung eines 2000 Wohnungen umfassenden Bauprogramms zur Verfügung zu stellen. Angenommen wurden dagegen folgende Forderungen: 1. Soweit als möglich Darlehen zur Instandsetzung von Altwohnungen zu gewähren; 2. die Baudarlehenszinsen und die Tilgungsraten nach dem Grade der Bedürftigkeit weiter herabzusetzen; 3. in besonders gelagerten Fällen die Zahlung verfallener Zinsbeträge zu stunden oder ganz zu erlassen; 4. die Tilgung der Baudarlehen an die gemein- nützigen Bausparvereinigungen im Bedarfsfall auszusetzen; 5. die bisher eingeleiteten Kündigungen von Baudarlehen zur- rückzunehmen; 6. Zwangsversteigerungen möglichst zu ver- meiden oder zurückzunehmen, wo unverschuldete Notlage vorliegt; 7. bei den öffentlich-rechtlichen Geldinstituten und den sonstigen Darlehensgebern auf Senkung des Zinsfußes und Herabsetzung der Tilgungsraten für Baudarlehen hin- zuwirken; 8. beim Reich mit Nachdruck auf eine weitere all- gemeine Zinssenkung hinzuwirken. Nach Annahme dieser Anträge wurden weitere Anträge und Eingaben für erledigt erklärt. Schließlich fand noch ein Antrag mehrerer Parteien Annahme, das Staatsministerium zu ersuchen, das bisherige Verfahren der individuellen Zinserschleicherungen bei in Not geratenen Neubaubestehern fortzusetzen und anstatt Zwangs- versteigerungen womöglich Zwangsverwaltung in die Wege zu leiten. — Der Ausschuß vertagte sich hierauf auf unbe- stimmte Zeit.

Aus Württemberg

Politische Zusammenstöße in Württemberg.

StB. Tübingen, 13. Juli. Die Nationalsozialisten hiel- ten Montag abend im Museum eine Versammlung ab, wo- bei Prinz August Wilhelm von Preußen sprach. Ueber die Zwischenfälle, zu denen es dabei kam, meldet der Polizeibe- richt: Nachdem es schon bei der Ansahrt des nationalsozia- listischen Redners zu der Versammlung im Museum von kom- munistischer Seite zu lärmenden Kundgebungen in der Gra- benstraße gekommen war, versuchte kurz nach Beginn der Versammlung eine größere Menschenmenge unter Singen der Internationale in den Museumsarten einzudringen. Die Polizei sah sich daher genötigt, den Garten und die nä- here Umgebung des Museums zu räumen. Die Versamm- lung konnte dann ohne Störung zu Ende geführt werden. Dagegen kam es beim Abmarsch der SA. und SS. auf dem Marktplatz erneut zu Reibereien zwischen den Zugehö- rern und ihren politischen Gegnern, die wiederum polizei- liches Eingreifen notwendig machten.

StB. Ehlingen, 13. Juli. Nachdem sich gestern während einer Versammlung der Nationalsozialisten Kommunisten in der Bahnhofstraße angesammelt hatten, von der Polizei aber zerstreut wurden, versuchten laut „Ehlinger Zeitung“ die Kommunisten Zusammenrottungen am Schelztor und auf dem Marktplatz. Sie wollten die Besucher der national- sozialistischen Versammlung abpassen und verprügeln, wur- den aber von der Polizei energisch zerstreut. Ein Zug Na- tionalsozialisten begab sich der Kaserne zu. In der Nähe der Kaserne hatte sich ein Trupp Kommunisten in einem Neu- bau verborgen und bewarf die Hakenkreuzler von dort mit Steinen. Sogar Frauen mit Steinen in der Schürze wur- den von der Polizei vorgefunden.

StB. Ulm, 13. Juli. Die Kriminalpolizei meldet: In der letzten Nacht von etwa 11.30 bis 1.30 Uhr entwickelten sich an verschiedenen Punkten der Stadt Plänkeleien und ernstere Streitfälle zwischen Angehörigen verschiedener poli- tischer Parteien. Bei einer Schlägerei in der Frauenstraße gab es Verletzte, desgleichen bei einer solchen in der Kirch- straße beim Planken. Zum Schluß gab es auch bei der Galt- bergkaserne Auseinandersetzungen. Alle verfügbaren Poli- zeikräfte mußten gruppenweise eingesetzt werden, um die Streitenden auseinanderzutreiben. Verschiedentlich mußte die Hedagerte gezogen werden. Einige Personen wurden zwangsgeführt. Gegen 1.30 Uhr nachts war die Ruhe all- gemein wieder hergestellt. Nach einer Darstellung von an- derer Seite spielten sich die Zusammenstöße zwischen Na- tionalsozialisten, Kommunisten und Anhängern der Eisernen Front ab. Unter den Verletzten soll sich auch ein sozialdemo- kratischer Stadtrat befinden.

StB. Heidenheim, 13. Juli. Der Polizeibericht meldet: Am Montag abend nach 8 Uhr wollten mehrere National- sozialisten im östlichen Stadtteil Flugblätter verteilen. Die dort wohnhaften Kommunisten wollten die Nationalsozia- listen abdrängen. Während des Abgangs der Nationalsozia- listen entspann sich ein Wortwechsel, der sich bis in die Kapel- lenstraße hinzog. In der Zwischenzeit trafen noch mehrere Kommunisten dazu. Darauf überfielen sie planmäßig den schwachen Trupp Nationalsozialisten. Nachdem einige dersel- ben gestoßen und geschlagen waren, gingen die Kommunisten in der Hauptsache auf den 18 Jahre alten Nationalsozialisten Leonhard Weiß los. Er wurde auf der Straße hin- und hergeworfen; es wurde auf ihn eingeschlagen und in vieh- sischer Weise auf ihm herumgetreten. Ein Kommunist schlich sich heran und verfechte dem Weiß 3 Stiche in die Seite und den Rücken. Weiß hatte starken Blutverlust. Er wurde von Anwohnern in eine Privatwohnung gebracht und kurz darauf in das Krankenhaus eingeliefert. Die Verletzungen sind schwerer Natur, doch hat es den Anschein, als ob er mit dem Leben davon käme. Die Täter, mehr als 15, sind in der Hauptsache Kommunisten, doch soll auch ein Angehöriger des Reichsbanners beteiligt sein. Die Täter waren bis zum Eintreffen der Polizei verschwunden, sind jedoch bekannt. Die Kriminalpolizei Ermittlungen haben sofort eingese- tzt und wurden während der Nacht weiter betrieben. Ver- schiedene Verhaftungen, denen noch weitere folgen werden, sind bereits vorgenommen. Der Hauptbeteiligte an der Schlägerei, der Friseur Walter John, der die verhängnis- vollen Stiche ausführte, wurde in Zuffenhausen verhaftet.

StB. Heilbronn, 13. Juli. Der Polizeibericht meldet: Als am Montag abend eine 30 Mann starke Abteilung SA- Leute durch die Kaiserstraße marschierte, um an der nation- alsozialistischen Versammlung in der „Harmonie“ teilzu- nehmen, wurde sie oberhalb des Kilianplatzes von einer größeren Anzahl politischer Gegner, die plötzlich aus allen Winkeln und Gassen herauskamen, bedrängt. Unter dem Schutze von Polizeibeamten gelangte die Abteilung schließ- lich in die Harmonie. Inzwischen vergrößerte sich die ge- neralische Ansammlung erheblich, so daß in kurzer Zeit die Allee bis über die Karlstraße hinaus voll von Menschen war, die immer wieder versuchten, an die Harmonie heranzudrän- gen. Die Polizeibeamten, die sich zunächst zurückhielten, wur- den in größtlicher Weise beschimpft und bedroht. Der Füh- rer der Schutzpolizei ließ deshalb die Allee räumen. Die in die Seitengassen abgedrängten Demonstranten traten aber immer wieder aus ihren Winkeln hervor und bildeten An- sammlungen in den Altstadtstraßen. Die Schutzpolizei war infolgedessen gezwungen, von der Polizeigerte ausgiebigen Gebrauch zu machen. Nach Schluß der Versammlung in der Harmonie gab es erneute Ansammlungen in der Kaiser- straße. Auch diese wurden von der Schutzpolizei zerstreut. Die Ausschreitungen dauerten bis nach Mitternacht. Einzelne heimkehrende SA-Leute wurden von Gegnern über- fallen und verprügelt.

Für Reise und Wanderungen

Siehe und Staub erschaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine gründliche Zahnpflege mit Chlorodont-Zahnpaste und -Zahnbürste, sowie eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont- Mundwasser wirken wühlend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und immer schöne weiße Zähne

Aus Stadt und Land

Calw, den 14. Juli 1932.

Wieder ein schweres Wetter

Die schweren Gewitter sind diesen Sommer außerordent- lich zahlreich. Gestern abend zwischen 9 1/2 und 10 Uhr entlud sich wieder ein Wetter über unserer Stadt. Bei Sturm und zeitweiligem Hagel gingen riesige Wassermengen nieder, so daß man heute früh allenthalben Erdbeschwemmungen und Geröll auf den Wegen und in den Gärten sehen konnte. In den Bahnhofsanlagen, in einem Garten bei der kath. Stadt- kirche und in einem Garten am Hirsauer Wiesenweg hat der Sturm große Bäume umgerissen, auf dem Brühl wurde ein starker Baumstamm niedergebrosen. Im Restaurant Weiß entstanden durch einen vom Berg herabgleitenden Tannen- stamm erhebliche Schäden. Der schwere Stamm prallte auf das Dach der Kegelbahn auf, riß ein Kamin um und beschä- digte das Dach derart, daß Wasser in die Wirtschaftsräume eindrang. Wie uns mitgeteilt wird, sollen ferner die städt. Waldungen durch einen Windbruch in der Gegend von Kett- heim schwer gelitten haben.

Leichenfindung in der Ragold

In Nummer 158 unseres Blattes brachten wir eine No- tiz, wonach beim Tanneneck die Oberkleider eines Mannes ge- funden wurden. Dieser Fund und die in den Kleidern vorge- fundenen Schriftstücke ließen darauf schließen, daß ein aus Pforzheim stammender Mann den Tod in der Ragold ge- sucht haben könnte. Am Mittwoch nachmittag wurde nun eine männliche Leiche aus dem Kanal der Vereinigten Def- fenfabriken herausgezogen und einwandfrei festgestellt, daß es sich tatsächlich um den in Pforzheim abgängigen Mann handelte.

Dienstnachricht

Die zweite höhere Justizdienstprüfung hat Referendar Dr. Wolfgang Dreiß von Hirsau mit Erfolg abgelegt. Er wurde zum Gerichtsassessor bestellt.

Kinderfest in Althengstett.

Das Jubiläum des Lieberkranzes Althengstett fand am Montag mit einem Kinderfest einen würdigen Abschluß. Es ist erstaunlich, wie es die Lehrerschaft in der kurzen Zeit, die für die Vorbereitung zur Verfügung stand, fertig gebracht hat, den Festzug mit den schönen und originellen Gruppen auszugestalten. Die auf dem Festplatz vorgeführten Spiele und Reigen der Kinder verstanden es, auch die Alten zu be- geistern und sie für einige Stunden über die Sorgen des All- tags hinwegzuführen. Durch die Unterstützung von seiten des Lieberkranzes und der Gemeinde war es möglich, jedem Kinde ein kleines Geschenk zu überreichen und auch den Aelterbaum, der sich einer starken Jnanspruchnahme erfreute, mit nützlichen Sachen auszurüsten. Der Hauptanteil für das Gelingen des Festes gehört den Herren Lehrern und der Dank hierfür kam durch die Teilnahme der gesamten Ein- wohnerchaft voll zum Ausdruck.

Aus den Parteien.

Versammlung des Württ. Bauernbundes.
Am gestrigen Markttage hielt der Bezirk Calw des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes eine Wählerversammlung in der Oberamtsstadt ab. In den kleinen Sälen des Bad- Hof hatten sich zahlreiche Anhänger des Bundes versammelt, als dessen Bezirksvorsitzender, Ulrich Hanselmann - Liebesberg, die Erschienenen, darunter besonders den frühe- ren Reichstagsabgeordneten Dingler, die Referenten Haag- Unterjettingen und Dr. Häcker, W. d. L., Stuttgart, sowie Landwirtschaftslehrer Pfeisch, willkommen hieß. Als erster Redner sprach zunächst der Spitzenkandidat der Bezirksvor- schlagsliste, Landwirt Martin Haag - Unterjettingen, zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Er legte die Gründe für den Sturz des Kabinetts Brüning dar, dessen Anfangsmaß- nahmen zur Stützung der Landwirtschaft zwar gut gewesen, jedoch zu langsam oder zu spät gekommen seien. Letzteres treffe namentlich für die Veredelungs- und die Holzwirtschaft Süddeutschlands zu. Der Regierung von Papen und ihrer Arbeit in Lausanne gegenüber nahm der Redner eine rein sachliche Stellungnahme ein. Wenn auch das Endergebnis der Konferenz den Hoffnungen und dem Willen nicht ent- spreche, müsse man doch ehrlich bekennen, daß vor einhalb Jahren die Verhältnisse wesentlich anders lagen wie heute. Zudem dürfe man auf eine Verbesserung des Ergebnisses in Genf hoffen. Auf wirtschaftspolitischen Gebiet habe die Re- gierung mit der Kündigung des Schwedenvertrages, wodurch wichtige Preisbindungen und Zwischenfälle gefallen seien, einen von der Landwirtschaft begrüßten Anfangsschritt ge- macht. Den durch die Aufhebung des Uniformverbots im Reich entstandenen ordnungswidrigen Zuständen müsse mit allen Mitteln der Staatsgewalt ein Ende bereitet werden. Es gelte im übrigen, das deutsche Volk zu überzeugen, daß es arm sei und sich dem harten Zwang zum Sparen beugen müsse. Der Bauernbund stehe dem Kabinett von Papen fern, wolle ihm aber ehrlich entgegenreten. Der Redner wandle sich dann der Wahlagitation der NSDAP. für die Reichs- tagswahlen zu. Es sei nicht so, daß man jetzt nationalsozia- listisch wählen müsse, um Deutschland vor dem Bolschewis- mus zu retten. Die Nationalsozialisten forderten, daß sich die Berufsstände fernzuhalten und alles dem Führer zu überlassen hätten. Wenn man aber die überheblichen Reden und Artikel näher ansehe, komme man zu dem Schluß, daß das Wollen der Nationalsozialisten undurchführbar sei und falsche Hoffnungen erwecke. Man werfe dem Bauernbund oft vor, er sei nicht schneidig genug; was nütze es aber, wenn man an Stelle sachlicher, auf Erfahrung und Wissen gegrün- deter Arbeit sich in eine Ekstase hineinsteigere, deren Ende folgerichtig ein ... jammer sein müsse. Was würde ge- schehen, wenn am 31. Juli die NSDAP. die Mehrheit im Reichstag erhielte? Sie würde, so äußerte sich der Redner, die Macht im Staate übernehmen und keine andere Meinung mehr gelten lassen. Koalitionen mit dem Deutschnatio- nalen oder dem Zentrum seien infolge der bestehenden Ge- gensätze kaum denkbar. Ohne Verständigung aber komme man auf den Weg der Militärdiktatur. Und hier dürfe nicht vergessen werden, daß Hitler kein Mussolini und ein Deutscher kein Italiano sei. Der Bauernbund sei bisher

rechts gestanden und werde auch ferner rechts stehen, um fern von sozialistischen Experimenten gesunden konservativen Sinn in die Tat umzusetzen. Interessenpolitik habe der Bauernbund in den 40 Jahren seines Bestehens nie getrieben, seine Arbeit habe dem Durchsetzen der Erkenntnis gegolten, daß die Grundlage des Volkes eine gesunde Landwirtschaft sein müsse. Was er wolle und wofür er arbeite, sei ein gesundes, ehrliches und wehrhaftes Volk, ein geordnetes Staatswesen und eine entwicklungsfähige Wirtschaft. Der Redner schloß unter Beifall mit dem Appell, dem Bauernbund die Treue zu halten.

Im zweiten Referat setzte sich Landtagsabgeordneter Dr. Häcker mit der nationalsozialistischen Wahlpropaganda in den Landorten und hierbei gebräuchlichen Behauptungen über den Bauernbund auseinander. Der Redner gab zunächst eine ausführliche Schilderung der persönlichen und sachlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung im württ. Landtag und wies die Behauptung, der Bauernbund trage die Schuld am Scheitern dieser Verhandlungen, mit aller Entschiedenheit als Lüge zurück. Ferner wandte sich Dr. Häcker gegen die Ausstellungen, der Bauernbund habe im Landtag gegen einen Abbau der hohen Gehälter auf 12 000 RM. und für die Einführung einer Schlachtsteuer gestimmt. Seitens der Partei sei nur erklärt worden, daß es allein mit dem Abbau der hohen Gehälter nicht möglich sei, ein Haushaltsdefizit von 9,5 Millionen zu decken; als die NSDAP, vom Finanzminister aufgefordert, sich hätte über Deckungsvorschläge äußern sollen, sei die Fraktion unter sich selbst uneinig gewesen und habe nur unzulängliche Vorschläge allgemeiner Art machen können. In unverantwortlicher Weise sei der Bauernbund im Stuttgarter NS-Kurier als Förderer der Mainlinie bezeichnet worden und ebendort habe man versucht, durch die Behauptung, der Bauernbund habe durch Zustimmung zur Abschaffung von 42 Millionen RM. Gebäudeschuldungsmitteln nach Berlin die Notlage des Hansbestandes verschärft, die Bauernbestände aufzuheben. Tatsache sei, daß niemals ein solcher Betrag aus Gebäudeschuldungsmitteln nach Berlin gekommen ist. Es müsse um eine Partei schlecht bestellt sein, wenn sie genötigt sei, in Presse und Versammlungen mit Lügen zu arbeiten. Dr. Häcker setzte auch die Gründe des süddeutschen Ministerschrittes in Berlin auseinander und bezeichnete letzteren als durchaus notwendig. Es sei Pflicht der geschäftsführenden Regierungen gewesen, die Interessen ihrer Län-

der gegenüber einer Reichsregierung zu wahren, an deren Zustandekommen der Osten und Westen des Reiches entscheidend beteiligt gewesen seien. Die nationalsozialistische Behauptung, es habe sich bei dem Schritt um eine separatistische Zentrumsfrage gehandelt, sei völlig unzutreffend. Der Redner betonte die Notwendigkeit, im Parlament sachlich und auf dem Boden der Tatsachen stehend zu arbeiten; hieran habe sich der Bauernbund seither gehalten und werde das auch weiterhin tun zum Wohle des Landvolks und des Vaterlandes. — Anschließend stimmte als alterfahrener Parlamentarier Herr Dingler den Ausführungen der beiden Redner zu. Die NSDAP, so sagte er, wolle nicht mitarbeiten, sie schimpfe nur. Der Bauernbund könne ihn erst dann die Hand reichen, wenn sie bündnisfähig sei. An Stelle von Ueberheblichkeit schien ihm eher Verständigungswille und Arbeitsbereitschaft am Platze, denn das System der Koalitionen werde bleiben. In nachfolgender langandauernder Diskussion sprachen dann noch Hrn. Sachverständiger Entenmann für die NSDAP, und Landtagsabgeordneter Dr. Häcker. Nach über dreieinhalbstündiger Dauer fand die Versammlung mit einem Schlusswort des Vorf. ihr Ende.

Heiterer Abend mit buntem Programm.

Am Samstag abend geben Mitglieder des Frankfurter Künstlertheaters im Badischen Hof-Saal in Calw einen heiteren Abend mit buntem Programm. In abwechslungsreicher Folge werden gebracht: Tänze, Terzette, Rezitationen, Lieder zur Laute, Chansons und ein Einakter: Der Heiratsantrag. Das gleiche Programm wurde bereits im Mai dieses Jahres auf einer Gastspielreise des Frankfurter Künstlertheaters durch badische Städte mit ausgezeichnetem Erfolg gegeben. Wer einen vergnügten Abend erleben will, veräume nicht, die Veranstaltung zu besuchen. (Näheres im Anzeigenteil.)

Wetter für Freitag und Samstag.

Verchiedene kleinere Depressionsgebiete zeigen sich über dem Festland. Für Freitag und Samstag ist zeitweilig bedecktes, zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Gottesdienste

Donnerstag, 14. Juli.

8 Uhr Dankversammlung zum Abschluß der Zehnmission in Calw, Vereinshausaal.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttg., 13. Juli. Die Börse zeigte heute eine schwächere Haltung bei geringem Geschäft. Auch am Rentenmarkt gab es Kursrückgänge.

L.G. Berliner Produktenbörse vom 13. Juli

Weizen märk. 235—237; Roggen märk. 177—179; Futter- und Industrieernte 158—166; Hafer märk. 154—159; Weizenmehl prompt 30—33,75; Roggenmehl 70 Prozent 25—27; Weizenkleie 11,25—11,50; Roggenkleie 10,25—10,60; Viktoriaerbsen 17—23; K. Speiseerbsen 21—24; Futtererbsen 15—19; Peluschken 16—18; Ackerbohnen 15—17; Widen 16—18; Lupinen, blaue 10,50—11,50; dto. gelbe 15—16,50; Weinkuchen 10,40—10,70; Erdnuskuchen 11,20—11,30; Erdnuskuchennmehl 11,40—11,50; Trockenschnitzel 9—9,20; extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,60; dto. ab Stettin 11,20 bis 11,30. Allgemeine Tendenz: matter.

Der Rirschenmarkt

gilt zu Recht als einer der bestbesuchten Märkte des Jahres. Auch heuer brachte er eine überaus große Anzahl von Landwirten in die Oberamtsstadt. Trotz des überreichen und vielfältigen Angebots an Waren jeder Art hörte man jedoch vielfach Klagen über schlechten Geschäftsgang. Immer wieder tritt eben die leidige Tatsache, daß der Landmann heute nur mehr über geringe Vorräte verfügt, nachteilig für die Geschäftswelt in Erscheinung. Wehmütig erinnert man sich an die Zeiten früheren Wohlstandes und den regen Güteraustausch zwischen Stadt und Land. Befriedigender wie auf dem Krämermarkt sah es gestern auf dem Vieh- und Schweinemarkt aus. Ueber den dortigen Marktverlauf gibt folgender Bericht Aufschluß:

Bei dem gestrigen Vieh- und Schweinemarkt wurden insgesamt 187 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 16 Ochsen, 10 Stiere, 49 Kühe, 42 Kalbinnen, 70 Stück Jungvieh. Bezahlt wurde für Ochsen 620—800 M., für Stiere bis zu 600 M., für Kühe 200—400 M., Kalbinnen 200—330 M., Jungvieh 55—180 M. Der Handel war ziemlich lebhaft.

Auf dem Schweinemarkt waren 40 Stück Läufer und 661 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Läufer von 38—66 M., für Milchschweine von 20—36 M. Der Handel war bei großer Zufuhr lebhaft.

Amtl. Bekanntmachungen

Calw

Letzter Brennholzverkauf

am Samstag, den 16. Juli 1932, nachmittags 2 Uhr, in der Weiß'schen Wirtschaft, Badstraße, aus den Abteilungen Spitalberg, Tannenbusch, Rißbach, Walkmühlberg, Schaffot, Eichhalde, Hörle

120 Nm. Brennholz
10 Reifglöse.

Personen, die mit Bezahlung früher gekauften Holzes noch im Rückstand sind, können an der Versteigerung nicht teilnehmen.

Calw, den 14. Juli 1932.

Stadtpflege.

Rötenbach

Das Sammeln v. Heidelbeeren

in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldungen ist vor dem 25. Juli

für Auswärtige bei Strafe verboten.

(Art. 22 Forstpolizeiges.)

Gemeinderat.

Liebelsberg

Das Sammeln von Beeren aller Art

in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldungen

ist für Auswärtige bei Strafe verboten

Gemeinderat.

Neuweiler

Das Sammeln jegl. Art von Beeren

in hiesigen Gemeindeväldungen

ist für Auswärtige bei Strafe verboten.

Betroffene werden unnachlässiglich zur Anzeige gebracht.

Der Gemeinderat.

Wahl druck sachen

wie:

Handzettel, Flugblätter,
Wahlzeitungen,
Plakate in allen Größen
liefern rasch und preiswert
die Tagblatt-Druckerei

Öffentliche Wählerversammlung

Am Sonntag, den 17. Juli, abends 8 Uhr 15
spricht im Weiß'schen Saale

Herr Pfarrer D. Traub, München

über:

„Parteigedanke oder Reichswille“

Zu dieser Versammlung ist jedermann herzlich eingeladen. Herrn Pfarrer Traub geht der Ruf eines ausgezeichneten Redners voraus. Der Besuch der Versammlung dürfte daher niemand enttäuschen.

Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Calw

Mitglieder des Frankfurter Künstlertheaters geben am Samstag, den 16. Juli 1932, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel zum Badischen Hof einen

Heiteren Abend

mit buntem Programm:

Tänze, Terzette, Rezitationen, Chansons, Lieder

zur Laute, Einakter: Der Heiratsantrag

Karten im Vorverkauf bei Buchhandlung Häussler

und an der Abendkasse.

Eintrittspreis: Reservierter Platz Mk. 1.50

I. Platz Mk. 1.20, II. Platz Mk. —.80

Sommenhardt

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 16. Juli, stattfindenden

Hochzeitsfeier

in unser erteiliches Haus, Gasthaus z. „Hirsch“, freundlichst einzuladen.

Johann Georg Luz
Sohn des David Luz, Landwirt

Christine Kugele
Tochter des † Ulrich Kugele, Hirschwirt

Kirchgang 1/2 Uhr in Javelstein

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Bei genügend. Beteiligung fahre ich mit mein. Lastwagen

zum Frankfurter Sängertag!

Abfahrt 23. Juli, nachmittags 6 Uhr, Fahrpreis 7 Mk. Anmeldungen Eugen Hiller, Autovermietung, Calw. erwünscht.

Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt

in Weilerstadt, am Sonntag, den 18. Juli 1932. Beginn des Schweinemarkts um 7 Uhr; des Viehmarkts um 8 Uhr.

Bürgermeisteramt: Schüß.

Gebrauchtes

Motorfahrrad

mit Sachs-Motor im Auftrag zu verkaufen

Ehr. Widmayer
Bischofstraße

Wir empfehlen

gelbl. Lauffener Frühkartoffeln

den Zentner zu Mk. 4.50. Bei größerer Abnahme billiger.

Gebr. Schlanderer Unterreichenbach, Tel. 2

Milch

ist zu haben bei

M. Rentschler
Hengstettersteige

Neues Sauerkraut

eigene Fabrikation Weingärtung

Pfd. 15 Pfg.

Neue (gelbe) Kartoffeln

6 Pfd. 35 Pfg.

Zwiebeln

Pfd. 10 Pfg.

Salatgurken

Stück 18 und 22 Pfg.

Somaten runde Früchte

Pfd. 28 Pfg.

Neue Matjesheringe

Stück 10 Pfg.

Alles zum

Einmachen:

Kristallzucker

Grießzucker

Einmachhilfe

Pergament und

Cellophan

Noten und weiße

Gelatine

„Dpekta“

das Gellermittel

Anjez-

Braunwein

Feinstes

Safelöl

in unseren Einheits-

flaschen

30, 50 u. 60 Pfg.

Bühlertaler-

Rirschen

Pfd. 23 Pfg.

Pfannkuch